

An die
Stadtverwaltung Freiburg

Herrn Oberbürgermeister
Martin Horn
Rathaus

Betr.: Gemeinderatssitzung am 4. Februar 2020

Einwohnerversammlung vom 13.11.2019

Bezug: **Vorschläge und Bitten des Aktionsbündnisses „Freiburg 5G-frei“** im Namen und auf Grund des Ergebnisses der Einwohnerversammlung vom 13.11.2019 an Stadt und Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Einwohnerversammlung vom 13.11.2019, die kein naturwissenschaftlicher Kongress, wohl aber eine politische Veranstaltung mit naturwissenschaftlichen Argumenten war, demonstrierte in Übereinstimmung mit einer bundesweiten Studie im Auftrag des Bundesamts für Strahlenschutz, dass ein großer Teil der Bevölkerung weder Vertrauen in die Sicherheit der Mobilfunktechnik noch in die Bereitschaft und Kompetenz der Verantwortlichen hat, sie wirksam zu schützen.¹

Diese Schutz- und Vertrauenslücke muss und kann am ehesten auf der Ebene der Selbstverwaltung durch eigene Vorsorgemaßnahmen der Gemeinden vor Ort, wo sie nach der Rechtsprechung zulässig sind, aufgefangen werden.

Wir bitten Sie daher vorab,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

insbesondere auch im Namen der Elektrosensiblen von ISES, dies im Auge zu behalten und auch für den Schutz dieser Menschen einzutreten.

I.

¹ „50%“; „Was denkt Deutschland über Strahlung 2019 – 2 fS_2019_3619S72204a-Strahlenbewusstseinsstudie.pdf“; https://fs-ev.org/fileadmin/user_upload/89_News/02_Dokumente/BfS_2019_3619S72204a-Strahlenbewusstseinsstudie.pdf

Der Funk-Standard 5G erweitert die Mobilfunk-Technik und ihre Möglichkeiten erheblich und verschärft zugleich ihre Nachteile und Schwierigkeiten. Dies geschieht genau zu einem Zeitpunkt, da neue und große Forschungsergebnisse eine erhebliche Gefahr für Zellen, Gene und Nerven durch Funkstrahlung bestätigen, ohne dass hieran vernünftige Zweifel möglich wären. Es widerspricht jeglicher Vorsicht und Vorsorge, jetzt eine noch intensivere Runde des Mobilfunkausbaus mit 5G einzuleiten und ebenso, völlig unverändert, „weiter so“ mobil zu funken. Deshalb braucht es ein **Moratorium** für 5G und gilt zugleich:

„Die **Minimierung** der jetzt schon bestehenden Strahlenbelastung muss fester Bestandteil der Digitalisierungsstrategie der Stadt sein.“

(Nr. 3 unserer „Resolution mit 5 wichtigen Forderungen“)

In der Einwohnerversammlung zum Thema „Mobilfunk/5G“ am 13.11.19 kam das Alles zur Sprache. Vor ca. 900 Zuhörern konnten die positiven und negativen Aspekte sachlich, kompetent und faktenbasiert vorgetragen werden. Für die Gewährleistung dieses Formats danken wir nochmals der Stadtverwaltung.

Ausweislich der mehr als 650 besorgten Fragen und Stellungnahmen (weniger als 10 % der Meldungen waren funkpositiv!) erwartet die Bürgerschaft von der Stadt Freiburg nun vermehrt **Information** und eine eigene **vorsorgeorientierte** Mitwirkung und Mitgestaltung beim Ausbau des Mobilfunks, wie sie mit einem kommunalen **Mobilfunk-Konzept** im Rahmen der Bauleitplanung möglich und zulässig ist.

Beispielhaft lautete eine der Fragen (Nr. 394): „Wo bleibt das Thema Schutz? Was für Möglichkeiten gibt es hier denn? Wo stehen die Technik und die Forschung? Warum nur Diskussion Ja- oder Nein? Statt Umgang lernen.“

Wir antworten mit konstruktiven Vorschlägen: Unter Anderem fordern wir die Trennung von Indoor- und Outdoor-Versorgung als wirksamstes Mittel zur Strahlenminimierung.

II.

Die Stadtverwaltung Freiburg möge deshalb den Gemeinderat bitten, Folgendes zu **beschließen:**

1. den Erlass eines ‚**Moratoriums**‘ für 5G in Gestalt einer **Vorsorge- und Sicherungsmaßnahme** bis zur **Behebung des verfassungswidrigen Verstoßes gegen das Vorsorgeprinzip** durch eine Technikfolgenabschätzung des Bundestages und eine wissenschaftliche gesundheitliche Überprüfung des Bundesamts für Strahlenschutz,
2. die Aufstellung eines zunächst schematisch entsprechend den Vorgaben der Rechtsprechung skizzierten **Mobilfunkvorsorgekonzepts** zur Einrichtung
 - a) einer mobilfunkfreien Wohnzone zweckmäßigerweise in einem schon bisher (fast) funkfreien Gebiet (z.B. in Verbindung mit den Planungsmöglichkeiten im Biosphärenreservat) sowie
 - b) mobilfunkreduzierter Zonen durch Trennung von Indoor- und Outdoor-Versorgung mit gleichzeitiger Glasfaserkabelerschließung in bestimmten Wohngebieten, die neu ausgewiesen werden, z.B. Dietenbachgelände;
3. den Erlass einer **Veränderungssperre** zur Sicherung der Ausarbeitung dieses unter Ziff. 2 beschriebenen **Konzepts**; ferner,
4. die Ausarbeitung eines **Fachgutachtens** zur Prüfung von Minimierungsmöglichkeiten – auch soweit sie in der eigenen Zuständigkeit der Stadt liegen - durch ein anerkanntes Mobilfunkplanungsbüro mit der Bitte, zwei Vertreter des Aktionsbündnisses hinzuzuziehen und die Bevölkerung über die Gefahren der Funkstrahlung und notwendige Maßnahmen aufzuklären sowie
5. die Inanspruchnahme der Mobilfunkbetreiber entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem ‚**Mobilfunkpakt**‘ zur Mitwirkung an der Minimierung der Funkbelastung und Einhaltung der heute gebotenen Energieersparnis und Nachhaltigkeit.

Wir erinnern uns, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dass Sie sich nach eigenen Worten einen Verzicht auf 5G zeitlich begrenzt vorstellen konnten, und dass auch das Amt für Digitales nach eigenem Bekunden keine „smart city“ anstrebte.

Stattdessen könnte sich Freiburg explizit hervortun durch die Realisierung von schonendem LoRanWan und **Mobilfunk-Alternativen**, insbesondere dort, wo einerseits Gesundheitskonflikte besonders vermieden werden müssen und andererseits keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen (z.B. in Schulen) oder wo neue Projekte innovative Modelle zulassen (z.B. im Dietenbach-Stadtteil). Auch eventuelle Vorteile von 5G (z.B. die behauptete Vermeidung von Dauersendung) könnten auf ihre Eignung zur Strahlenminimierung – etwa in Naturschutzgebieten - untersucht werden. Für all das wäre nach unserer Einschätzung die Zustimmung der Mehrheit der Bürger sicher. Es gibt keinen vernünftigen Grund, auf Immissionen, wo immer möglich, zu verzichten und damit auch erheblich Energie zu sparen.

Die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt für ein 5G-Moratorium und ein Mobilfunkkonzept sowie nochmals die dafür entstandene zwingende Notwendigkeit aus Gesundheitsgründen sind aus der **Anlage** ersichtlich (wird nachgereicht). Abschließend möchten wir zum Schluss nochmals wiederholen:

Wir können und wollen die Mobilfunktechnik nicht abschaffen. Ähnlich wie im Straßenverkehr mit autofreien und verkehrsberuhigten Zonen usw., geht es uns darum, die Risiken zu minimieren und auch die Digitalisierung möglichst nachhaltig, weitsichtig, verantwortungs- und rücksichtsvoll zu gestalten. Es geht um einen gesundheitsverträglicheren Mobilfunk.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, den Gemeinderat und die Stadtverwaltung, Entscheidungen zu fällen, die entsprechend der heutigen objektiven Lage zum Wohle aller Freiburger und der Menschen anderswo angemessen und notwendig sind.

gez. Bernd Budzinski

Aktionsbündnis
Freiburg 5G-frei!